

Gemeindevertretung Februar 2016:

Konzept zur Unterbringung Asylsuchender

Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren !

Bürgermeister Grimm hat in den Ausschuss-Sitzungen der letzten Woche Kritik in vielfältiger Form an dem Protest der Anlieger rund um den Herrensee geübt, ziemlich heftig ging es dabei an meine Person und mein Engagement.

Nur ein grundsätzlicher Satz von mir dazu:

Unsere Demokratie lässt noch unterschiedlichste Meinungen und Sichtweisen der Dinge zu. Privatpersonen haben das Recht ihre Meinung frei zu äussern, das Recht auf Schutz vor Willkür und des Eigentums.

Und genau dieses Recht habe ich in Anspruch genommen, nicht mehr und nicht weniger. Und wer mich kennt weiss, dass ich das auch künftig wahrnehmen werde.

Damit zum Antrag des Gemeindevorstandes auf den Bau von 2 Gebäuden für ca. 200 Asylbewerber in der Gutenbergstraße, meine Sichtweise der Dinge und meinen Änderungsantrag.

Vorerst gibt es dazu ein paar Fragen:

- a) Unter 1 sprechen Sie von 99 bis 107 Asylsuchenden, für mich ergeben 99 Personen und 60 sog. „Unbegleitete Jugendliche“ eine Zahl von mehr als 150. Erklären Sie uns bitte die Differenz, muss die Gemeinde Groß-Zimmern dennoch die unter 5 der Vorlage genannten 37 Asylbewerber aufnehmen. Wenn ja, warum ?
- b) Unter 6 sprechen Sie von 5% Anteil von Groß-Zimmern an der Gesamtzahl des Kreises von 4000 Personen. Nach den uns vorliegenden Schätzung kommt auf den Landkreis Da-Di aber eine Zahl von 8000 Asylbewerbern zu, nach Verteilungsschlüssel dann für uns ca. 400 Bewerber. Welche Zahlen sind Ihnen als Rathauschef bekannt und welche sind richtig ?
- c) Liegt dem Gemeindevorstand ein weiteres Konzeptpapier einer neuen Unternehmensgruppe Keil/Unterleider vor ?
Wurde dieses Papier in einer dieser Gemeinde-Vertretung angehörenden Partei vorgestellt ?

Damit zu meinem Änderungsantrag vom 18. Januar

Mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger sind aufgrund unserer Mitteilung an die Anlieger des Quartieres rund um die Gutenbergstrasse am Sonntag, 17. Januar zusammen gekommen und haben sich zu Ihrem, in Größe und Umfang als wahnsinnig zu bezeichnenden Ansinnen informiert und besprochen. Es wurde Widerstand gegen diese Maßnahme und friedlicher Protest vereinbart.

Dazu gehört mein Antrag auf:

Nichtbefassung der Vorlage in dieser ausscheidenden Gemeinde-Vertretung sowie

Durchführung einer Bürger-Versammlung, und zwar rechtzeitig vor jeglicher Abstimmung.

Dass dieser Antrag seine Berechtigung hat, haben Ihre Reaktionen Herr Bgm. sowie ähnliche oder gleichlautende Anträge der Fraktionen von SPD und Grünen.

Sie haben daraufhin ihren Antrag zurückgezogen und zugesagt, dass

Am 24. Februar eine Informations-Veranstaltung mit Frau Lück aus dem Landratsamt stattfinden werde – wir hoffen, dass dort die Bürgerinnen und Bürger auch Rederecht haben

und

eine Kommission zur Klärung von Fragen zu Standorten etc. einberufen wollen.

Die Mitglieder aus den Fraktionen sollen heute benannt werden.

Anschliessend Vorstellung und Besprechung mit der Bevölkerung.

Für unsere Zuhörer:

Eine Kommission nach §72HGO ist:

- Ich zitiere

Bedeutet nicht öffentliche Beratungen, Sprecher ist der Bürgermeister, es werden nur Ergebnisse veröffentlicht.

Mal sehen, was da kommt !

Eine Meinung von mir zum Schluß:

Grundsätzlich - Sie werden keine Sammelunterkünfte mit 100 oder mehr Bewerbern an einem Standort in Groß- oder Klein-Zimmern durchsetzen können,

und Sie werden Standorte für kleinere Einheiten nur **gemeinsam mit der Bevölkerung und nach ergebnisoffener Diskussion** festlegen können. Ich wünsche Ihnen dabei eine gute Hand und viel Glück.

Ein Zimmerer hat auf einen von Ihnen verpönten facebook-Eintrag geantwortet- „bei einer solchen Entscheidung sind rechtzeitig die Bürger zu informieren“!